WP-01-K3-364

Frieden in Freiheit sichern – innen und außen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in:	BAG Digitales und Medien
Beschlussdatum:	05.01.2025

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 363 bis 367:
Umgangsverfahren verpflichtend berücksichtigt werden. Dazu müssen Justiz sowie Polizei umfassend geschult werden. ~~Um Annäherungsverbote in Fällen von häuslicher Gewalt besser zu kontrollieren, kann der Einsatz der elektronischen Fußfessel ein sinnvolles Instrument sein.~~Annäherungsverbote müssen in Fällen von häuslicher Gewalt effektiv kontrolliert und durchgesetzt werden können. Opfer von Vergewaltigungen brauchen flächendeckend qualifizierte medizinische Notfallversorgung – inklusive anonymer

Begründung

Die elektronische Fußfessel ist ein klassisches Problemthema. Wir würden das sehr ungerne in einem Grünen Wahlprogramm lesen. Solche freiheitsentziehende Maßnahmen zum Schutz vor häuslicher können mE sachgerecht sein, aber weniger wäre hier mehr